

Obwohl die Bundesrepublik für die meisten Menschen in der DDR – geschöntes Westbild immer bei der Hand – Wunschtraum war, erhielten schon da die Bewohner dieses Staates keine guten Noten: unvollkommen, tolpatschig, ohne Fingerspitzengefühl, arrogant waren noch die besten Noten. Zwei Länderspiele der bundesdeutschen Mannschaft erhielten diese Kommentare: Nr. 1: „Toll, wie Deutschland gesiegt hat.“ Nr. 2: „Prima, daß diese Großgossen eins drauf gekriegt haben.“ Da war nicht mehr Deutschland, da waren nur die Spieler gemeint.

Gerade Veränderungen der 68er Jahre gingen bei Menschen im Osten ziemlich spurlos vorbei. Nur Intellektuelle und ein paar Kirchenleute waren interessiert. Ostdeutsche sahen etwa „Ho Ho Ho Chi Minh“-Rufe als Parteinahme für Kommunisten. Sie übersahen, daß die Jugend eines ehemals staatsterroristischen Landes nicht schweigen wollte, wenn ein kleines Volk womöglich ungerecht behandelt würde. Das Schweigen zum falschen Zeitpunkt warfen sie ja den Eltern vor. Damals kehrte sich die Jugend-West von Tugenden wie Zucht und Ordnung ab: „Damit kann man Konzentrationslager leiten“ hieß der 68er-Satz. Das kam im Osten nicht mehr an. Lieder wie „Sind so kleine Hände, soll man sie nicht schlagen“ (Bettina Wegener) oder „Hallo, kleine Mutti, warum schlägst Du denn Dein Kind?“ zeigen kulturelles Auseinanderdriften in West und Ost. Dies könnte Ursache für die Mauer in den Köpfen heute sein.

Hätten die Deutschen-West unter gleichen Bedingungen leben müssen wie die im Osten, sie hätten sich kaum anders, kaum mutiger verhalten. Der in den Westen gekommene Schauspieler Manfred Krug legte 1979 darauf den Finger. Packe man je 17 Millionen DDR-Menschen und Westdeutsche in zwei Säcke, schütte sie auf der anderen Seite aus, brauchten Menschen wie Systeme „vier Wochen Anpassungszeit“ und alles laufe wie zuvor. Westdeutsche können jedenfalls froh sein, daß ihnen die Geschichte diese Prüfung ersparte. Welcher Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg zu welcher Besatzungszone gehörte, war Zufall. In Berlin kostete es bis 1961 20 Pfennig für die S-Bahn, um in die andere Welt zu gehen. Nach dem Mauerbau sagten Jugendliche in der DDR häufig: „Was kann ich dafür, daß ich auf dieser Seite der Elbe geboren wurde?“

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank, Karl-Heinz Baum. Herr Fritze, bitte.

Dr. Lothar Fritze: Meine Damen, meine Herren! Will man den geistig-emotionalen Einfluß, den der Westen auf den DDR-Normalbürger ausübte, auf einen Nenner bringen, so müßte man sagen, es war der einer andauernden Verlockung. Aus DDR-Sicht erschienen insbesondere die Konsum- und die alltäglichen Lebensverhältnisse geradezu als glanzvoll. Zu allen Zeiten der DDR dürfte es für eine große Mehrheit ihrer Bürger fraglos gewesen sein, daß man im Westen – im ganzen gesehen – das bessere Leben führt. Das Wissen um die real höheren Einkommen in Westdeutschland, den höheren Lebensstandard, die kürzeren Arbeitszeiten oder den längeren Urlaub war Kernbestand dieser Grundüberzeugung.

Dem DDR-Bürger standen verschiedene Informationskanäle zur Verfügung, um sich ein Bild von westlichem Wohlstand – oder jedenfalls dem, was man darunter verstand – zu machen. In der Tat kann der Einfluß von Westfernsehen und -rundfunk auf die Bewußtseinsbildung des DDR-Bürgers kaum überschätzt werden. Gleiches ließe sich von den Berichten der Rentner sagen, die diese nach ihrer Rückkehr von Verwandten- oder Bekanntenbesuchen erstatteten, oder von eigenen Erfahrungen, die man im Umgang mit Westdeutschen auf Urlaubsreisen im sozialistischen Ausland sammeln konnte. Um sich von der überlegenen Leistungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft zu überzeugen, hat es allerdings nicht einmal der Westmedien, der Intershops oder der persönlichen Inaugenscheinnahme durch Westreisende bedurft. Über Handelsbeziehungen kamen Industriegüter ins Land, die das Weltniveau repräsentierten; ja bereits das erste Paket aus Westdeutschland war für die Erkenntnis völlig hinreichend, daß das, was man im Westen produziert, besser schmeckt, eine höhere technische Reife aufweist oder in sonstiger Hinsicht von besserer Qualität ist. Selbst für einen Schulanfänger hat es genügt, auf den Transitstrecken von Westberlin in die Bundesrepublik auch nur einmal ein Automobil westlicher Produktion zu sehen, um deren Vorzugswürdigkeit zu erkennen. Selbst aus wenigen und bruchstückhaften Erfahrungen konnte auf diesem Wege eine – im Prinzip zutreffende, wenn auch teilweise glorifizierende – Vorstellung von westlicher Lebenswirklichkeit gewonnen werden. Die Lukrativität westlicher Produkte war daher jedermann bewußt; die im Westen üblichen Konsumgewohnheiten galten als vorbildhaft, und von westlicher Lebensart ging ein verführerischer Reiz aus.

Die faktische Wirkung des Westens muß vor dem Hintergrund der DDR-spezifischen Lebenswirklichkeiten, insbesondere der typischen Alltagsprobleme gesehen werden. Zwar konnte auch die DDR ihren Bürgern eine „Alltagsnormalität“ bieten – eine Normalität, die Bedingung politischer Stabilität ist –, gleichwohl jedoch war der DDR-Alltag geprägt durch eine Reihe lebenspraktischer Unannehmlichkeiten, die Gegenstand andauernder Frustration oder gar Empörung waren. In einer stichwortartigen Aufzählung sind an erster Stelle die immer wieder aufgetretenen, teilweise auch chronischen Versorgungsengpässe zu nennen. Diese Instabilitäten und Lücken im Warenangebot erzeugten die in der DDR sprichwörtliche „Rennerei“ nach diesem oder jenem Produkt. Langes Anstehen, Gedränge in den Stoßzeiten und vielleicht noch gestreßtes Verkaufspersonal konnten den Wochenendeinkauf – gerade für berufstätige Frauen – zur Anstrengung werden lassen. Besonders frustrierend geriet das Betteln um Handwerkerdienstleistungen, wobei besonders derjenige erfolgreich war, der außergewöhnliche Gegenleistungen, monetärer oder nichtmonetärer Art, bieten konnte.

Hinzu kam die alltägliche Konfrontation mit Schlendrian und Schlamperei in den Betrieben, an denen man zwar einerseits beteiligt war, gegen die zu kämpfen man aber andererseits auf verlorenem Posten stand. Während man versuchte, Haus oder Wohnung in Ordnung zu halten und einen gewissen Standard zu erreichen, so war doch gleichzeitig der schleichende Verfall der Städte

und großer Teile der Infrastruktur unübersehbar und vor allem unaufhaltsam. Das Grau-in-grau der DDR-Wirklichkeit dürfte für westliche Beobachter noch beeindruckender gewesen sein, aber auch der DDR-Bürger wollte sich damit nie wirklich abfinden.

Die Tristesse der DDR-Verhältnisse stand im klaren Kontrast zur Akkuratess des Westens. Das Bild, das man vom Westen hatte, war ein Bild von Sauberkeit und Perfektion, das Bild eines „aufgeräumten“, funktionierenden Gemeinwesens. Der DDR-Bürger sehnte sich nach etwas mehr Dynamik und Zuversicht; er wollte die Eintönigkeit seines Lebensalltags eintauschen gegen etwas mehr Abwechslung, andere Urlaubsmöglichkeiten, neuartige Freizeitaktivitäten, vielleicht sogar unorthodoxe Lebenspläne, die zu realisieren ihm die uniforme DDR-Gesellschaft versagte.

Natürlich richteten sich die Sehnsüchte der DDR-Bürger nicht nur auf Verbesserungen im materiellen Wohlstand. Der Forderungskatalog an den Staat war reichhaltiger, schließlich boten die DDR-Verhältnisse Anlaß zu verschiedenster, insbesondere auch politischer Kritik. Mit der Tatsache der geschlossenen Westgrenze konnte sich kaum jemand je abfinden, so daß die Forderung nach Reisefreiheit allzeit virulent blieb. Der Führungsanspruch der SED, der sich nicht nur auf alle wesentlichen Entscheidungen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft richtete, sondern auch das Denken der Menschen, ihre weltanschaulichen Einstellungen erfassen wollte und damit bevormundete, ja entmündigte, war ein ständiges Ärgernis und wurde zunehmend als unerträglich empfunden. Lachhaft-groteske ideologische Übertreibungen konnte man noch mit Kopfschütteln quittieren, die geistige Knebelung aber, der Zwang, politisch-ideologische Konformität zu heucheln, sich zu verbiegen und zu verleugnen, rief Bitterkeit und Aufbegehren hervor. Der – selbst herrschaftstechnisch betrachtet – übersteigerte Hang der SED, jede nichtstaatlich organisierte oder staatlich nicht kontrollierte Öffentlichkeit zu unterbinden oder nicht genehmigte autonome Aktivitäten von Bürgern gar zu kriminalisieren, hat viele, insbesondere jüngere Menschen, demotiviert, und hat sie schließlich – aus Sicht der SED – abtrünnig werden lassen. Freier Zugang zu Informationen, das Recht auf Meinungsäußerungsfreiheit, politische Partizipation und private Organisationsmöglichkeiten waren denn auch Hauptforderungen im Herbst 1989.

All dies jedoch kann nicht darüber hinweg täuschen, daß letztlich das Wohlstandsgefälle zum Westen für den Willen der Mehrheit ausschlaggebend war, den Systemwechsel herbeizuführen. Diese Präferenz entspricht der für unsere industriell geprägte Zivilisation charakteristischen Dominanz von Bedürfnissen, deren Befriedigung an den Ge- und Verbrauch von materiellen Dingen gebunden ist.

Die gegen Außeneinflüsse scheinbar so abgeschirmte DDR-Gesellschaft war also – ungeplanterweise – doch offen für das unkontrollierte Einsickern wesentlicher Informationen aus dem Konkurrenzsystem. Insofern die Auswirkungen auf eine breite Bevölkerungsmehrheit zu debattieren sind, glaube ich, daß der wesentlichste Einfluß des Westens in einem Bedürfnisimport zu suchen ist.

Der Westen hat zumindest auf die Masse der Bevölkerung in der Hauptsache nicht dahingehend gewirkt, daß man etwa Fakten über die Herrschaftspraxis der SED-Führung zur Kenntnis genommen hätte, sondern es wurden Begehrlichkeiten vor allem im konsumtiven Bereich geweckt.

Betrachtet man dagegen die oppositionell Eingestellten aus den Gruppen der Intellektuellen, der Künstler oder der technischen Intelligenz, so hat das Westfernsehen sicherlich zur Delegitimierung der SED-Herrschaft in den Augen dieser Personen beigetragen, gleichzeitig aber auch die Skepsis gegenüber einer kapitalistischen Alternative zur realsozialistischen DDR geschärft. Der – aus der Sicht eines diktaturgewöhnten DDR-Bürgers – ausgesprochen kritische Umgang der Westmedien mit den Verhältnissen im eigenen Land sprach für die Demokratie und den Rechtsstaat, konnte aber nicht unbedingt das Ansehen der kapitalistischen Marktwirtschaft heben, insbesondere nicht das Vertrauen in ihre Kompetenz, die anstehenden globalen Menschheitsprobleme zu beherrschen. Dies dürfte ein Grund dafür sein, daß das ursprüngliche Aufbegehren 1989 von großen Teilen der oppositionell Eingestellten und teilweise auch der Bürgerbewegungen protestantisch (das heißt: reformatorisch) gemeint war: nämlich als durchgreifende Erneuerung und zugleich als Fortsetzung des eigentlich beabsichtigten, bisher nur nicht verwirklichten – sozialistischen – Projekts. In der Affinität zur Idee einer nichtkapitalistischen, einer gerechteren, freieren, solidarischeren, demokratischeren und ökologisch vertretbaren Gesellschaft wurzeln die Vorstellungen von einem Dritten Weg, der nach Überwindung der SED-Herrschaft besritten werden sollte.

Die Wirkung der aus dem Westen einströmenden Informationen war also durchaus ambivalent. Nichtsdestoweniger hat der Export westlicher Konsum- und Lebensgestaltungsorientierungen in die DDR langfristig gesehen subversiver gewirkt als die Aufklärung über das politische System des realen Sozialismus und die Sensibilisierung für Freiheitsbeschneidungen und Unrecht. Das Schielen auf westliche Produkte, die Identifikation mit westlichen Konsumvorbildern versetzte den DDR-Bürger in die unerfreuliche Situation, materiell-konsumtive Bedürfnisse westlichen Zuschnitts entwickelt zu haben, jedoch auf die defizitären Befriedigungsmöglichkeiten der weniger leistungsfähigen DDR-Volkswirtschaft angewiesen zu sein. Daraus resultierte eine permanente Unzufriedenheit und das Gefühl, ein – gegenüber den anderen Deutschen – benachteiligtes Leben zu führen.

Die Einrichtung von Intershops – Läden, in denen gegen Devisen westliche Waren gekauft werden konnten – entsprach zwar dem Interesse derjenigen, die durch sporadische Zuwendungen von Verwandten oder Bekannten, durch Schenkungen oder infolge von Erbschaften über Devisen verfügten oder sich solche anderweitig beschaffen konnten; Intershops figurierten aber auch als Aushängeschilder des Westens und stellten die Überlegenheit des anderen Systems geradezu sinnlich wahrnehmbar zur Schau.

Der Westen wirkte weniger durch Argumente, weniger durch Aufklärung über die DDR-Verhältnisse oder durch Kritik an ihnen, weniger durch Enthüllungen

von Unterdrückung oder Entrechtung, sondern vielmehr durch sein Vorbild, durch seine Ausstrahlung. Die westdeutsche, vor allem die marktwirtschaftliche Überlegenheit war anschaulich, sie war greifbar, und sie war – so könnte man etwas pathetisch formulieren – dauerhaft präsent in den Herzen der Menschen. Daß der Westen schier uneinholbar voraus war – ganz im Gegensatz zu propagandistischen Verlautbarungen – war offenkundig und den meisten intuitiv klar. Es bedurfte keiner Argumente, um klarzumachen, auf welcher Seite die Vorzüge liegen; umgekehrt aber mußte derjenige nach Rechtfertigungen suchen und komplizierte Argumentationen aufbieten, der dies nicht wahrhaben wollte.

Die SED-Führung beanspruchte ein Informations- und Propagandamonopol, konnte dieses aber nie wirklich durchsetzen. Insofern war ihre totalitäre Herrschaftsintention nicht realisierbar. In einer Welt der elektronischen Kommunikationsmittel, des internationalen Handels sowie internationaler Beziehungen auf dem Gebiet der Kultur und des Sports können Staaten nur noch sehr begrenzt informationell abgeschirmt werden. Die Informationen, die von außen eindringen – und zwar sowohl Informationen über das Konkurrenzsystem als auch über das eigene –, widerlegten die SED-Propaganda. Allein das Bewußtwerden der Tatsache, daß solche Abschirmungsversuche überhaupt unternommen wurden, mußte kontraproduktiv wirken. Die SED-Propaganda, deren apologetische Intention für nahezu jedermann offenkundig war und bereits deshalb abstoßend wirkte, verlor immer mehr an Glaubwürdigkeit – und zwar unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt. Zum Schluß glaubte auch niemand mehr das, was stimmte.

Die Reaktionen der SED waren durchweg hilflos und wenig wirksam. Der geistige Einfluß des Westens konnte nie zurückgedrängt werden. Der Brutalitätsgehalt der ergriffenen Maßnahmen ließ zwar mit wachsender Herrschaftsdauer in der Tendenz nach, gestaltete sich aber – man denke an Bücherentnahmen aus Postsendungen oder an den Kampf gegen die Herstellung und Verbreitung von Oppositions-Literatur – nicht weniger perfide.

Die Bestrebungen der SED-Führung, den geistigen Einfluß des Westens durch ideologische Stigmatisierungen oder gewaltsame Aktionen zu bekämpfen, wurden in der Bevölkerung keineswegs widerstandslos hingenommen. Abgesägte Westantennen – eine Kampagne in den 60er Jahren unter Mißbrauch der FDJ – wurden wieder aufgebaut; wer glaubte, es sich – vielleicht als Parteimitglied – nicht leisten zu können, seine Antenne öffentlich zu zeigen, installierte sie unter dem Dach. So erwies sich der Selbstbehauptungswille des „kleinen Mannes“, auch ideologisch motivierten Vorgaben der SED zu widerstehen oder sich über Verbote hinwegzusetzen, eher im Kleinen und Alltäglichen. Als ein eher kurioses Beispiel kann vielleicht die Erfindung des sogenannten „Russentod“ dienen – einem doppelwandigen Aluminiumkochtopf, der durch Drähte mit dem Fernseher verbunden wurde und mit dem der Kampf gegen die mutmaßlichen Störungsaktivitäten der Sowjets aufgenommen werden sollte, um den Westempfang zu verbessern.

Obwohl man sich in vielen Dingen äußerlich anpaßte, gab man sich doch selbst nie auf. In Unaufhebbares (wie etwa das Grenzregime) fügte man sich, gleichzeitig aber wurden Verbote, dort wo es möglich war, durch Grenzüberschreitungen ausgehöhlt. Wie lang darf man kurze Haare werden lassen, damit sie den Widerwillen gegen lange Haare nicht erregen? In der hier obwaltenden Unbestimmtheit liegt Raum, Grenzen unmerklich zu verflüssigen, um Grauzonen zu schaffen, die für die Herrschenden die Kosten erhöhen, wollen sie ihre ursprünglichen Vorstellungen weiterhin durchsetzen. Daß die meisten sich zu schnell ergaben, obwohl sie mehr Widerstand hätten leisten können, wenn sie nur etwas mutiger gewesen wären, steht hier nicht zur Debatte. Gleichwohl aber zerrte man nicht selten an den Ketten, wo es gefahrlos möglich schien, und riskierte auch etwas, wenn man sich herausgefordert fühlte. Anders wäre kaum erklärbar, warum die SED ihren Kampf gegen „westliche Dekadenz“ und „Trivialkultur“ im besonderen sowie gegen westliche Einflüsse im allgemeinen – seien es Modetendenzen, Tendenzen in der Freizeitgestaltung, bis hin zu Tendenzen in Kunst und Wissenschaft – letztlich verlor. Gegen die Trends der Zeit – die durch das Verhalten von Menschen etabliert werden – hilft letztlich nur Gewalt oder eine staatlicherseits gesteuerte geistig-kulturelle Umorientierung der Massen. Insofern die SED-Führung – zumindest in der pragmatischeren zweiten Hälfte ihrer Herrschaft – auf offene Gewaltanwendung weitgehend verzichtete und gleichzeitig mit ihrem Versuch, ein genuin sozialistisches Bewußtsein (was immer das auch sei) massenhaft zu erzeugen, scheiterte, mußte sie Tribut an den internationalen Zeitgeist zahlen, das heißt: sie konnte verbreiteten Wünschen in der Bevölkerung nur noch schrittweise nachgeben. Sichtbarster Ausdruck dieser Ohnmacht der Mächtigen war die De-facto-Legalisierung des Westfernsehens in den 80er Jahren, als man mit der Verkabelung der Haushalte „die Stimme des Klassenfeindes“ jedem frei Haus lieferte.

Parallel zu den Maßnahmen, das Land gegen unerwünschte Einflüsse von außen abzuschotten, hat die SED-Führung immer wieder versucht, den nicht vermeidbaren Einflüssen propagandistisch entgegenzuwirken. Unter Hinweis auf die tatsächlichen oder vermeintlichen Schwächen des gegnerischen Systems hob man die tatsächlichen oder vermeintlichen Stärken des eigenen Systems (so etwa: „soziale Sicherheit“, niedrige Mieten oder konstante Preise für Tarife und Waren des Grundbedarfs) hervor.

Die SED-Propaganda hat es auf diese Weise einerseits fertig gebracht, eine bis heute fortwirkende einseitige Vorstellung von „sozialer Sicherheit“ zu wecken. Indem sie es verstand, einen Begriff von sozialer Sicherheit zu etablieren, der den Aspekt der Rechtssicherheit gänzlich ausblendet (denn was bedeutet „soziale Sicherheit“, wenn politische Gegner unter exzessiver Auslegung von Straftatbeständen jederzeit hinter Gitter gebracht werden können?), muß sie durchaus als erfolgreich eingeschätzt werden. Der sie kennzeichnende Hang zur Schönfärberei hat jedoch die kritische Wahrnehmung der Mißlichkeiten des DDR-Alltags eher verschärft.

Andererseits waren die problematischen Seiten einer Wirtschaft des freien Unternehmertums – insbesondere: Arbeitslosigkeit, Mangel an bezahlbarem Wohnraum, Obdachlosigkeit, Drogenszenen, organisiertes Verbrechen – dem DDR-Bürger ebenso durch das Westfernsehen gegenwärtig, so daß auf diesem Feld die SED-Propaganda mehr oder weniger ins Leere stieß. Was sie jedenfalls auf diese Weise nicht fertig gebracht hat, war, das gegnerische System merklich weniger attraktiv erscheinen zu lassen. So wie sich niemand durch den Hinweis auf Verkehrstote von der Teilnahme am motorisierten Straßenverkehr abhalten läßt, ließ sich auch die Masse der sogenannten Normalbürger von den charakteristischen Problemen moderner Marktwirtschaften – zumal sie nur in abstracto bekannt waren – nicht abschrecken.

In der Absicht, die Diskrepanz zwischen den Bedürfnissen und dem Niveau ihrer Befriedigung tendenziell abzubauen, liegt der rationale Kern der Honeckerschen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Man hatte begriffen, daß es immer weniger möglich war, die Menschen auf die Zukunft zu vertrösten. Die Konsumgüterproduktion wurde erhöht, man legte ein Wohnungsbauprogramm auf und ergriff eine Reihe sogenannter sozialpolitischer Maßnahmen. Es kam zu gewissen Liberalisierungen in der Kunst- und Kulturpolitik, die später teilweise zurückgenommen wurden.

Mit der Intensivierung der Finanz- und Handelsbeziehungen zwischen Ost und West wurde die unter Ulbricht bevorzugte Strategie der Abgrenzung und Autarkisierung zumindest partiell aufgegeben. Damit aber war – implizit – auch die Entscheidung endgültig bestätigt, den System-Wettstreit auf der Ebene der Befriedigung der materiell-konsumtiven Bedürfnisse aufzunehmen.

Die tatsächlich eingetretenen Verbesserungen des sogenannten „materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes“ erzeugten allerdings weder eine andauernde größere Zustimmung des Volkes zur Politik der SED, noch zeitigten sie die wahrscheinlich erhoffte Steigerung der Arbeitsmotivation und einen sich daraus ergebenden Zuwachs an Arbeitsproduktivität. Vielmehr wurde die Anhebung des Lebensniveaus – angesichts des westlichen Vorsprungs – eher als Selbstverständlichkeit betrachtet, auf die man Anspruch hat. Erreichtes jedenfalls zählt weniger, wenn es woanders seit langem Standard ist.

Der ökonomische Einsatz – Absenken der Akkumulationsrate, Aufnahme von Krediten im westlichen Ausland – konnte sich unter diesen Bedingungen nicht im Sinne einer Anschubfinanzierung amortisieren. Der Versuch, das Konkurrenzsystem gleichsam mit dessen eigenen Mitteln zu schlagen, führte zu einer dauernden ökonomischen Abhängigkeit – und verschärfte damit letztlich das Dilemma, in dem sich die SED-Führung befunden hatte.

Die DDR war bereits am Beginn ihrer Existenz gegenüber Westdeutschland wirtschaftlich benachteiligt und geriet schnell ins Hintertreffen. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn von Anfang an – und zwar unabhängig von den Repressionsmaßnahmen der SED gegen bestimmte soziale Schichten und politische Gegner – ein großer Teil der Bevölkerung, ich vermute: eine Mehrheit,

der Auffassung war, daß ihre wesentlichen Bedürfnisse in der qualitativ anders konstruierten Konkurrenzgesellschaft der Bundesrepublik besser befriedigt werden könnten. Diese Situation verschärfte sich, als sich immer mehr die Gewißheit durchsetze, daß sich die wirtschaftliche Unterlegenheit des Sozialismus weder kurz- noch mittelfristig beheben und sich damit auch die Lücke zum höheren Lebensstandard der Bundesrepublik nicht schließen läßt.

Aus dieser Konstellation ergab sich, daß selbst dann, wenn die SED-Führung die Absicht gehabt hätte, einen Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozeß im Rahmen einer Verfassung, in der die sozialistischen Grundlagen des Gemeinwesens festgeschrieben worden wären, einzuleiten, sie damit hätte rechnen müssen, daß die dann gegebenen Möglichkeiten der freien Meinungsäußerung und der Parteienbildung genutzt werden, um die sozialistischen Restriktionen einer solchen Verfassung auszuhebeln. Insofern hatten – und es fällt schwer dies zuzugeben – die „Hardliner“ im Politbüro Recht, denen offenbar klar war, daß unter den gegebenen Bedingungen einer drastischen ökonomischen Unterlegenheit jede Abgabe von Macht das Experiment als ganzes in Frage stellt. Wer so dachte, hatte ein zutreffendes Gespür dafür, daß das System nicht demokratisierbar und nicht liberalisierbar war. Aus diesem Grunde aber mußte man – und hierin besteht das unauflösbare Dilemma des Realsozialismus – auf der Zentralisierung und Monopolisierung aller relevanten Entscheidungsbefugnisse in Wirtschaft und Gesellschaft beharren, womit wesentliche Ursachen für Motivationsverluste und Apathie, für bürokratische Verkrustungen und Innovationsschwächen, für Funktionsstörungen und Stagnation und somit letztlich für wirtschaftliche und soziale Ineffizienz verschärft wurden. Die sinkende Attraktivität des Systems erschwerte wiederum den Machterhalt und zwang die Machthaber zum verstärkten Einsatz derjenigen Instrumente, die gerade die geringe Attraktivität des Systems ausmachten oder sie mitverursachten.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank. Auf meiner Rednerliste stehen jetzt elf Wortmeldungen. Ich würde vorschlagen, daß wir in zwei Blöcken vorgehen, und möchte vorab alle Diskussionsteilnehmer eindringlich auffordern, ihre Beiträge kurz und knapp zu halten. Wir haben noch 45 Minuten zur Verfügung. Es beginnt Herr Eppelmann, anschließend Herr Gutzeit.

Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Der Vortrag von Dr. Wolle und der Beitrag von Karl-Heinz Baum haben ja immer wieder Lachen unter uns hervorgerufen. Man hatte fast den Eindruck, die beiden hätten mit dem, was sie gesagt haben, auch in einer Kabarettveranstaltung auftreten können. Das Ganze ist aber eine Beschreibung der Wirklichkeit gewesen, Dank der klugen Politik der Partei der Arbeiterklasse. Und oft, wenn man es denn erlebt hat, war es ausgesprochen ärgerlich und mühselig. Vor diesem Hintergrund würde ich gerne noch einmal die beiden eben von mir genannten Dr. Wolle und Karl-Heinz Baum fragen: Könnten Sie sagen, wie gezielt tatsächlich diese Möglichkeiten des Wohlstands eingesetzt wurden und die Waren, die Mangel waren? Es war doch ein Privileg oder etwas Erstrebenswertes, sie zu bekommen. Nicht